

WÄHRUNGEN

Lokomotive ohne Zug

Es wird einsam um Angela Merkel: Die Euro-Krise treibt eine Regierung nach der anderen aus dem Amt, Frankreichs Präsidentschaftskandidat François Hollande verspricht einen Kurswechsel. Gibt es eine Alternative zum Spardiktat der Kanzlerin?



THOMAS PETER / REUTERS

Regierungschefin Merkel: Die Mittelmeerländer sollen ihre Hausaufgaben machen

Schnell weg damit, bloß nicht zu viele Fotos. Angela Merkel steht auf dem Podium der DZ Bank am Brandenburger Tor und schaut mürrisch in die Kameras.

Zum Dank für ihre Festrede anlässlich des Internationalen Jahres der Genossenschaften hat ihr ein graugesichtiger Funktionär eine Spardose aus Porzellan in die Hand gedrückt, ein hässliches Ding, dessen milchiger Glanz genau jene Kälte widerzuspiegeln scheint, die man auch ihrer Politik nachsagt.

Merkel überlegt kurz, dann lässt sie das Präsent schnell in einer Schachtel verschwinden. Fotos der Spardosen-Kanzlerin sind jetzt nicht gerade das, was sie am dringendsten braucht – schließlich müht sie sich seit Tagen, das Bild der gestrengen Maßhaltepolitikerin, die ganz Europa unter das Diktat deutscher Haushaltsdisziplin zwingt, um eine freundlichere Facette zu ergänzen.

An ihrer Strategie will sie festhalten. Doch wenn sie über die Währungsfrage

spricht, ist neuerdings nicht nur von „Strukturreformen“ und „Stabilität“ die Rede, sondern auch von „Wachstum“ und „Beschäftigung“.

Merkels Euro-Strategie steht unter Beschuss, in den vergangenen Wochen verlor sie einen Verbündeten nach dem anderen. In den Niederlanden reichte ihr treuester Gefolgsmann, Premierminister Mark Rutte, seinen Rücktritt ein. In Frankfurt am Main verlangte EZB-Präsident Mario Draghi, Merkels Sparstrategie um einen „Wachstumspakt“ zu ergänzen. Und in Paris ließ der sozialistische Präsidentschaftskandidat François Hollande wissen, dass er nach einem Wahlsieg am kommenden Sonntag die europäische Opposition gegen Merkel anführen werde. „So viele Menschen in Europa warten auf unseren Sieg“, sagte er. „Ich will kein Europa der Sparpolitik.“

Die deutsch-französische Achse aus Merkel und dem amtierenden Präsidenten Nicolas Sarkozy war bislang der beste Grund, auf einen positiven Ausgang der

Euro-Krise zu hoffen. Nun drohen ein gefährliches Zerwürfnis und der Rückfall in alte Denkmuster. Paris setzt auf die vermeintlich belebende Wirkung zusätzlicher Staatsausgaben, Berlin vertraut auf das Dogma harter Reformen.

Die Unterschiede sind groß, und die beiden Hauptdarsteller versuchen erst gar nicht, sie kleinzureden. Im Gegenteil: Vergangenen Donnerstag bekräftigte Merkel, dass die bisherige Rettungsstrategie „nicht neu verhandelbar“ sei. Hollande erwiderte: „Deutschland wird nicht für ganz Europa entscheiden“ (Seite 92).

Es geht um politische Tradition und ökonomische Ideologie, vor allem aber um den Versuch, die unterschiedlichen Stimmungen auf dem Kontinent zu bedienen. Hollande erklärt sich zum Helden des Südens, von Spaniern, Portugiesen und Italienern, die genug haben von Rentenkürzungen und Einstellungsstopps und die glauben, dass weitere Einschnitte die Krise nur verschärfen.

Merkel dagegen spricht im Namen der nordeuropäischen Steuerzahler, die ein anderes Mantra wiederholen. Bevor weitere Milliardenbeträge im Süden versickern, sollen die Mittelmeerländer erst einmal ihre Hausaufgaben machen.

So besehen ist der Streit zwischen Merkel und Hollande auch der Versuch, die Illusionen der eigenen Anhängerschaft zu nähren und so zu tun, als könne in Europa alles wieder so werden, wie es einmal war.

Es ist die Flucht vor den bitteren Wahrheiten der Euro-Krise, zu denen vor allem eine Wahrheit gehört: Soll das Gemeinschaftsgeld dauerhaft gesichert werden, sind weitere Opfer unausweichlich, im Norden wie im Süden.

In Europas Mittelmeerzone dagegen ist derzeit eine andere Losung populär. Mit immer neuen Sparaktionen, so heißt es in Lissabon, Paris oder Madrid, ist die Wende nicht zu schaffen. Doch das ist höchstens auf den ersten Blick einleuchtend, wie die jüngste europäische Krisengeschichte belegt. Zahlreiche Länder auf dem Kontinent haben den Wiederaufstieg aus schweren Wirtschaftskrisen gerade deshalb geschafft, weil sie an ihrer Reformpolitik festgehalten haben.

Das gilt zum Beispiel für Irland, dessen Haushaltsdefizit nach einer Serie von Bankschiefagen im Jahr 2010 auf 31 Prozent geklettert war. Das Land musste unter den Rettungsschirm flüchten und verordnete sich ein radikales Sparprogramm – mit unerwartet raschem Erfolg. Die Lohnstückkosten sanken, der Export stieg, und so schnurrte das Etatdefizit des Landes innerhalb von zwei Jahren auf knapp neun Prozent zusammen.

Der Erfolg ist auch an der Leistungsbilanz des Landes abzulesen. Nach einem Riesendefizit von zehn Milliarden Euro ist sie mittlerweile wieder positiv.

Ähnlich verlief die Entwicklung in Estland, wo die Wirtschaft 2008 und 2009 stark schrumpfte und der Etat ins Minus drehte. Um den Haushalt auszugleichen und die Wirtschaft in Schwung zu bringen, hätte die Regierung eigentlich die Landeswährung Krone abwerten müssen, so wie es die Lehrbücher empfehlen.

Doch das kam für die Esten, die unbedingt in die Euro-Zone wollten, nicht in Frage. Und so kürzte die Regierung die Gehälter um bis zu 40 Prozent, froh Pensionen ein und strich Sozialleistungen zusammen. Proteste der Bevölkerung wie in Griechenland oder Spanien gab es nicht, dafür sank die Arbeitslosigkeit von über 18 auf unter 12 Prozent.

Dass der deutsche Weg der Krisentherapie Erfolge bringt, beweist nicht zuletzt Deutschland selbst. Noch zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts galt die Bundesrepublik als „kranker Mann Europas“. Die harten Maßnahmen der Agenda 2010, warnten manche Ökonomen, würden den Niedergang noch beschleunigen.

Das Gegenteil war der Fall. Die Reformen am Arbeitsmarkt brachten mehr Beschäftigung, und die niedrigen Tarifabschlüsse in der Industrie halfen dem Export. Inzwischen gilt Deutschlands Wirtschaft wieder als Lokomotive Europas.

Die Frage ist nur, ob der Wiederaufstieg Deutschlands auch als Vorbild für die Länder des Mittelmeerraums dienen kann. Zu unterschiedlich, sagen Merks Kritiker, sind die Strukturen von Nord- und Südeuropa, entsprechend schwieriger ist es, Länder wie Portugal aus der Krise zu führen.

In Wahrheit bringt die Sanierungspolitik erste Erfolge, wie jüngste Daten aus Spanien zeigen. Zwar ist die Wirtschaft erneut eingebrochen, und die Zahl junger Arbeitsloser hat ein Rekordniveau erreicht, doch in der Flut schlechter Nachrichten verbergen sich auch Hoffnungswerte. So sind die Lohnstückkosten, ein wichtiger Gradmesser für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes, in den vergangenen beiden Jahren stetig gesunken. Im Gegenzug legen Spaniens Exporte zu, allein der Verkauf von spanischem Rotwein in Deutschland wuchs um 20 Prozent.

Vor allem aber: Es gibt keine Alternative. Würde Spanien die Sparpolitik lockern und mit neuen Krediten das Wachstum ankurbeln, wären die Folgen erst recht fatal. Ökonomen sind überzeugt: Auf den Märkten wüchsen die Sorgen, dass die Madrider Regierung ihre Finanzen nicht in den Griff bekäme, und die Zinsen würden steigen.

Gut möglich, warnen Experten, dass die vermeintliche Wachstumsstrategie so am Ende gar zu einem Rezessionsprogramm gerät. „Wir sehen nicht die Möglichkeit, dass man über weitere Ausgaben das Wachstum ankurbelt“, sagt ein hochrangiger deutscher Regierungsvertreter.

Die Berliner Regierung würde deshalb am liebsten nichts unternehmen. Die Krisenstaaten sparen, der Rettungsfonds ist aufgestockt: Nach Ansicht von Kanzlerin Merkel und ihrem Finanzminister Wolfgang Schäuble ist damit genügend Vorsorge getroffen, um die Währungsunion auf eine gesunde Basis zu stellen. Den Rest soll jedes Land selbst erledigen.

So sehen es die Deutschen, die Fachwelt aber sieht es anders. Die Sparmaßnahmen der Berliner Regierung seien zwar richtig, sagt Henrik Enderlein, Ökonom an der Hertie School of Governance, „aber sie beheben nicht die Konstruktionsfehler der Euro-Zone“.

Enderlein sitzt in einem Café am Berliner Flughafen Tegel. Er ist auf dem Weg zum Thinktank „Notre Europe“, der von Jacques Delors gegründet wurde, dem legendären achten Präsidenten der Europäischen Kommission. Beim Treffen in Brüssel geht es um nichts Geringeres als die Überlebensfrage Europas: Wie wird die Währungsunion dauerhaft krisenresistent?

Eine Antwort liefert der Vergleich mit den USA, deren Währungsunion seit über 200 Jahren auch bei Wirtschaftskrisen funktioniert. Stürzt etwa ein Bundesstaat wie Kalifornien in die Rezession, geht es

Sparen in der Rezession

Das Dilemma der Euro-Krisenländer

Wirtschaftswachstum

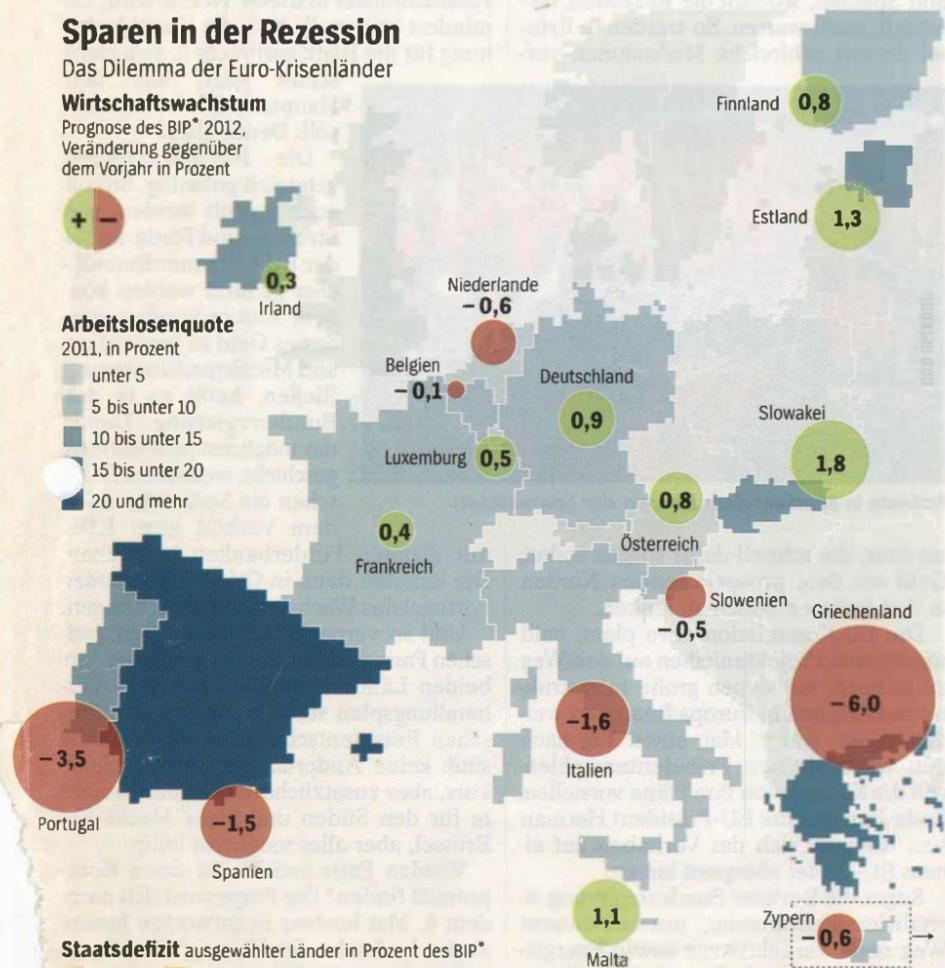
Prognose des BIP* 2012, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



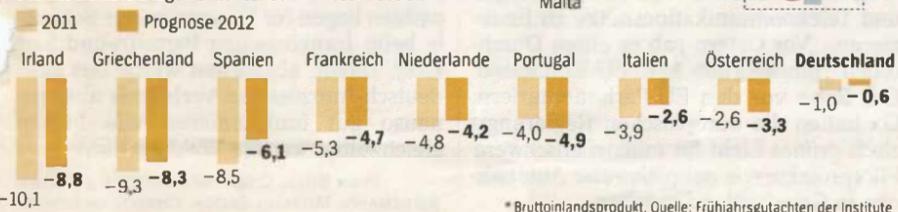
Arbeitslosenquote

2011, in Prozent

- unter 5
- 5 bis unter 10
- 10 bis unter 15
- 15 bis unter 20
- 20 und mehr

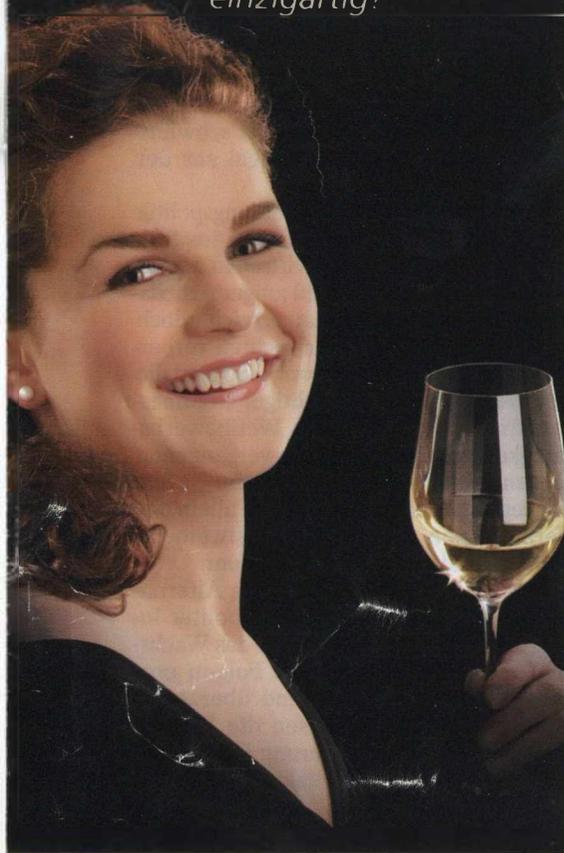


Staatsdefizit ausgewählter Länder in Prozent des BIP*



* Bruttoinlandsprodukt, Quelle: Frühjahrsgutachten der Institute

Was macht Badischen Wein so
einzigartig?



Er ist der perfekte Begleiter zu frischem Spargel!

Endlich Frühling! Zusammen mit den warmen Temperaturen hält die Lust auf leichte Gerichte Einzug in die Küche – und natürlich die Lust auf Spargel. Und zum berühmten badischen Spargel passt nichts besser als ein frischer, spritziger oder eleganter Weißwein aus Baden! Freuen Sie sich auf die Spargelzeit – und auf Badischen Wein!

Natalie Henninger
Badische Weinkönigin 2011/12



BADISCHER WEIN

Von der Sonne verwöhnt

www.badischerwein.de

nicht anders zu als in Europa. Die Regierung muss sparen, die Wirtschaft wettbewerbsfähiger werden.

Doch in den USA gibt es einen weiteren Mechanismus, Krisenregionen zu helfen. Nationale Regelungen wie die Einkommensteuer und die Arbeitslosenversicherung sorgen dafür, dass automatisch Geld aus reichen in arme Staaten fließt und so die Folgen eines Abschwungs gemildert werden. Solche Transfersysteme fehlen in Europa, ist Enderlein überzeugt. „Wenn wir den Euro wirklich retten wollen, ist die Frage nicht, ob wir finanzielle Transfers brauchen, sondern nur noch, wie wir sie organisieren“, sagt er.

Der Ökonom kann sich eine europaweite Arbeitslosenversicherung vorstellen, eine gemeinsame Finanztransaktions- oder eine einheitliche Unternehmensteuer aller Euro-Staaten. Das Problem ist nur, dass es viele Jahre dauern wird, bis solche Systeme in Europa eingeführt sind.

So lange können Länder wie Portugal und Spanien, wo sich die Rezession verschärft, nicht warten. So werden in Brüssel derzeit zahlreiche Maßnahmen vor-

Die Projektanleihen haben aus Sicht aller klammen Politiker den Charme, dass sie erst einmal wenig kosten. Das Geld kommt vorrangig von privaten Kapitalgebern. Die Europäische Investitionsbank (EIB) stellt Garantien zur Verfügung, die private Geldgeber absichern. In der Pilotphase bis 2013 werden mit EU-Mitteln in Höhe von 230 Millionen Euro Investitionen in Höhe von 4,6 Milliarden Euro angestoßen werden.

Zweites Großprojekt der Hilfseuropäer, die die „gnadenlose Sparsamkeit“ (Hollande) der EU beenden wollen, ist die Aufrüstung der EIB. Die EU-Staaten sollten zehn Milliarden Euro Eigenkapital einschießen. Damit könnte die Bank, die von dem Deutschen Werner Hoyer geleitet wird, zusätzliche 60 Milliarden Euro für Großprojekte in der EU ausleihen. Zusammen mit privaten Co-Investitionen stünden 180 Milliarden Euro zur Verfügung, rechnet Rehn vor.

Bereits beim nächsten Treffen der EU-Finanzminister in dieser Woche wird, zumindest informell, über die Kapitalerhöhung für die Bank gesprochen. Fest steht schon jetzt, wer den Hauptanteil beisteuern soll: Deutschland.

Die Bundesregierung zeigt sich gutwillig. So soll auch geprüft werden, wie Struktur- und Fördermittel der EU wachstumsfreundlicher genutzt werden können. Statt in Straßen müsse das Geld in Innovation und Mittelstandsförderung fließen, heißt es in der Bundesregierung. Damit das möglichst professionell geschieht, wollen die Deutschen die Südländer nach dem Vorbild ihrer KfW



Proteste in Spanien: Kein Europa der Sparsamkeit

bereitet, die schnell dafür sorgen sollen, Geld aus dem prosperierenden Norden in den ärmeren Süden zu lenken.

Die EU-Kommission etwa plant, bald sogenannte Projektanleihen auf den Weg zu bringen, mit denen große Infrastrukturmaßnahmen in Europa finanziert werden sollen. Am 7. Mai, einen Tag nach den französischen Präsidentenwahlen, will die Kommission ihre Pläne vorstellen. Ende Juni möchte EU-Präsident Herman Van Rompuy sich das Vorhaben auf einem EU-Gipfel absegnen lassen.

Sogar die Berliner Bundesregierung signalisiert Zustimmung, um auf diesem Weg neue Verkehrswege sowie Energie- und Telekommunikationsnetze zu finanzieren. „Vor Ostern gab es einen Durchbruch“, jubelte Mitte April EU-Kommissar Olli Rehn vor den EU-Parlamentariern. Da hätten die europäischen Regierungschefs grünes Licht für milliarden schwere Pilotprojekte wie beispielsweise Autobahnen in Griechenland gegeben.

mit eigenen Förderbanken beglücken. Die könnten dann in Griechenland oder Portugal das Wachstum auf Trab bringen.

Und so verdeckt der laute Streit zwischen Paris und Berlin, was zwischen den beiden Ländern wirklich auf dem Verhandlungsplan steht, wenn die französischen Präsidentschaftswahlen gelaufen sind: keine Änderung an Merkels Sparkurs, aber zusätzliche Wachstumsprojekte für den Süden und mehr Macht für Brüssel, aber alles möglichst billig.

Werden Paris und Berlin einen Kompromiss finden? Die Frage wird sich nach dem 6. Mai leichter beantworten lassen als im laufenden Wahlkampf. Die Sympathien liegen für Finanzminister Schäuble beim französischen Parteifreund Sarkozy. Davon abgesehen werde das gute deutsch-französische Verhältnis aber genauso gut funktionieren wie bisher, gleichgültig, wer die Wahl gewinnt.

SVEN BÖLL, CHRISTOPH PAULY, CHRISTIAN REIERMANN, MICHAEL SAUGA, CHRISTOPH SCHULT